

WASILIS VON RAUCH

Kampf ums »blaue Gold« in der Türkei

WASSERPOLITIK ZWISCHEN NEOLIBERALER ÖKONOMIE UND STAATLICHEN MACHTINTERESSEN

Wasser ist eine unverzichtbare Ressource. Bedingt durch industrielle Landwirtschaft, Bevölkerungswachstum, Verbrauch der Industrie und anthropogen verursachte Umweltschäden wird sie in zunehmendem Maße knapp. Zugang und Kontrolle des umkämpften »blauen Goldes« ist in manchen Regionen der Welt eine Überlebensfrage. Vor dem Hintergrund der weltweiten neoliberalen Privatisierungsdynamik macht die Wasserknappheit den »Markt Wasser« zudem zu einem attraktiven Anlageziel – allein für Bereitstellung, Aufbereitung und Reinigung von Wasser werden weltweit jedes Jahr über 400 Milliarden Dollar ausgegeben¹. Staudambauten und der damit verbundene Markt für Energie aus Wasserkraft kommen hinzu.

Die Türkei als Fallbeispiel eignet sich besonders, diese Entwicklung und ihre Konsequenzen zu verdeutlichen, denn erstens verfügt sie über die bedeutendsten Wasserressourcen ihrer Region, zweitens ist die Türkei als Musterland einer massiv vorangetriebenen Privatisierung hochinteressant für global agierende Wasserkonzerne. Die Ausrichtung des Weltwasserforums 2009 in Istanbul gibt dem Thema zusätzliche Aktualität.

Im Folgenden wird, nach einem kurzen Abriss der gegenwärtigen politischen Entwicklungen in der Türkei, die Wasserpolitik sowohl im innenpolitisch-ökonomischen, als auch im außenpolitisch-geostrategischen Kontext diskutiert. Zwei Besonderheiten haben dabei besondere Relevanz: die Verknüpfung der türkischen Politik mit dem EU-Beitrittsprozess und der seit über 25 Jahren andauernde bewaffnete Konflikt mit Teilen der eigenen Bevölkerung.

Wirtschafts- und EU-Politik der Türkei

Die türkische Wasserpolitik ist Teil einer politischen Strategie, die auch in anderen Politikbereichen wirksam durchgesetzt wird. Es ist also hilfreich, sich zuerst generell mit der türkischen Wirtschafts-, Innen- und Außen-

politik auseinander zu setzen. Die Pläne zu Privatisierungen im Wassersektor stehen in engem Zusammenhang mit der Anpassung der Türkei an EU-Regularien und der Not, das eigene massive Zahlungsbilanzdefizit in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig steht die türkische Wasserpolitik, insbesondere der Bau von Staudämmen, exemplarisch für eine nach innen wie auch nach außen orientierte Machtpolitik und ein bestimmtes Entwicklungsmodell der Türkei. Anhand der Analyse der sozio-ökonomischen und ökologischen Entwicklungen, der politischen Handlungsansätze und gesellschaftlichen Diskussionen im umkämpften Feld der Wasserpolitik kann also an einem Beispiel der größere Kontext der türkischen Politik deutlich gemacht werden.

Seit dem Militärputsch von 1980 verfolgt die Türkei eine (am Westen ausgerichtete) exportorientierte Wirtschaftspolitik, die sich durch ein chronisches Zahlungsbilanzdefizit und zunehmende Staatsverschuldung auszeichnet². Es herrscht teilweise sehr hohe Inflation und trotz eines vergleichsweise niedrigen Lohnniveaus hohe Arbeitslosigkeit³. Die Türkei ist nach zahlreichen Finanzkrisen (1994, 2000 und 2009) ein »Großkunde« des IWF, der für seine Hilfe die allseits bekannten Reformen gefordert hat und fordert: Sanierung des Bankensektors, Privatisierungen von Staatsunternehmen, Deregulierung der Märkte, Bekämpfung der Inflation, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Flexibilisierung am Arbeitsmarkt⁴. Wegen der Folgen der aktuellen Finanzkrise sieht sich die türkische Regierung gezwungen, im Mai 2009 erneut einen IWF-Kredit über ca. 35 Mrd. € aufzunehmen⁵.

2 Vgl.: ULUSOY, Yunus (2007): »Die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Türkei im Nahen Osten.« ZfT-aktuell Nr.119.

3 Vgl.: SENER, Ulaş: Die Neoliberalisierung der Geldpolitik – Der monetäre Policy Mix der Türkei nach der Krise 2001.

4 Schon 2001 sprang der IWF mit einem Hilfspaket von rund 16 Mrd. US\$ ein, vgl. Der Spiegel vom 18.7.2002 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,205529,00.html>. Zu den Reformauflagen des IWF: IKINCI, Sinan (2005): Türkei: IWF-Plan verlangt neue Angriffe auf arbeitende Bevölkerung <http://www.wsws.org/de/2005/jun2005/tuer-j04.shtml>.

5 Vgl. z.B. 10.4.2009 Handelsblatt <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur-nachrichten/tuerkei-iwf-kredit-in-milliardenhoehe-bekommen;2234127>.

1 »Wasser in Bürgerhand« http://www.wasser-in-buergerhand.de/untersuchungen/wasserbusiness_oesterreich.htm.

Gleichzeitig ist das erreichte Wirtschaftswachstum der letzten 30 Jahre kaum bei der Bevölkerung angekommen⁶ – im Gegenteil: die Arbeiter_innen und die Mittelschicht waren, trotz erhöhter Produktivität der türkischen Industrie, die Verlierer_innen der Liberalisierungspolitik der 80er und 90er Jahre. So fielen von 1979 bis 2007 die Reallöhne in der fertigen Industrie um 29 %⁷. Staatsgelder gingen aufgrund der hohen Verschuldung zu erheblichen Anteilen in Zinszahlungen⁸. Auch das anfangs hohe Wachstum nach der Finanzkrise 2001 hat der Bevölkerungsmehrheit weder mehr Beschäftigung noch mehr Einkommen oder größere Konsummöglichkeiten gebracht. Im Resultat ist die Lohnverteilung in den letzten 30 Jahren fortwährend ungleicher geworden.

Während es der Türkei vor den 90er Jahren nicht gelang, ausländische Direktinvestitionen (ADI) im großen Stil anzulocken, hat sich das in den letzten 25 Jahren geändert. Maßgeblichen Anteil daran hatten die Zollunion mit der EU, die Anpassungen im Zuge der EU-Beitrittsverhandlungen und die Privatisierungspolitik gemäß den diktierten IWF-Auflagen. Durch den steigenden Geldzufluss relativierte sich das Zahlungsbilanzdefizit, der Kurs der Lira stieg. Am Hochpunkt 2007 lagen die ADI bei 22 Mrd. US-\$. 2008 fielen sie allerdings um ca. 20 %. Infolge der Finanzkrise wird 2009 nur noch mit 10 Mrd. gerechnet⁹. Dieser Rückgang ist einer der Gründe für den Wunsch nach einem neuen IWF Kredit.

Etwa 70 % der ADI gehen in Beteiligungen und Übernahmen¹⁰. Allein der mehrheitliche Ausverkauf staatlicher Unternehmen wie der *Türk Telekom*, der Tabaksparte des ehemaligen Staatskonzerns *Tekel*, *Turkish Airways* oder von Infrastrukturanlagen wie Autobahnen, Brücken, See- und Flughäfen¹¹ brachten der Türkei seit 2003 ca. 22 Mrd. US-\$ Einnahmen¹². Privatisierung großer Staatsbetriebe ist in der Türkei unter der AKP Regierung kein Zufallsprodukt. Vielmehr handelt es sich um gezielte Maßnahmen der Bilanzkonsolidierung, die sich allerdings gegenüber den weltweit diskutierten Nachteilen der Privatisierung merkwürdig blind zeigen. Trotz international (mittlerweile auch bei Regierungen) sehr umstrittener Resultate demonstrieren die Worte von Finanzminister Kemal UNAKITAN den ungebrochenen

Glauben an Privatisierung: »Wir haben noch eine Menge zu verkaufen. Nur weil es jetzt an den globalen Märkten volatil zugeht, werden wir uns nicht von den Privatisierungen abbringen lassen«¹³. Die Türkei wird wegen ihres hohen Zahlungsbilanzdefizits weiterhin darauf angewiesen sein, Investitionen aus dem Ausland zu bekommen und Staatsbetriebe zu privatisieren. Der neue Großkredit des IWF und die Finanzkrise, die es allgemein schwerer bzw. teurer machen, auf dem internationalen Kapitalmarkt Gelder zu beschaffen, werden die Türkei dabei zusätzlich unter Druck setzen¹⁴. Inwiefern diese globalen Rahmenbedingungen sich auf die türkische Wasserpolitik auswirken, wird im Folgenden zu diskutieren sein.

Die EU-Annäherung ist ein weiterer Faktor, der die neoliberale Politik der Türkei maßgeblich mitbedingt. Wichtigste Etappen in diesem Prozess sind die Zollunion 1996 und der seit 2005 begonnene Prozess der Beitrittsverhandlungen mit vorgeschriebener Anpassung an den »acquis communautaire«. Für den Beitritt zur EU muss die Türkei insgesamt Bedingungen aus 35 Beitrittskapiteln erfüllen, diese werden sukzessive eröffnet. Über den Fortschritt der Reformen berichtet die EU Kommission seit 2005 jährlich in einem Fortschrittsbericht¹⁵. Es ist in diesem Prozedere der Regelübernahme missverständlich, von Beitrittsverhandlungen zu sprechen, eher ist es ein Diktieren von Regeln, denen sich nationale Politiken anzupassen haben. Dass dieser Anpassungsprozess zu unterschiedlich eingeschätzten Ergebnissen führt, dem viele reformerische Kräfte in der Türkei teilweise positiv gegenüberstehen, ändert nichts am vorgegebenen und oktroyierten Charakter der »Verhandlungen«.

Aus wirtschaftlicher Sicht im EU-Anpassungsprozess besonders bedeutend sind die Abschaffung aller Zölle im Handel mit der EU, sowie die einseitige Anpassung der Patent-, Wettbewerbs-, geistigen Eigentums- und Außenzollbestimmungen an die der EU. Dieses strukturell asymmetrische Verhältnis zeigt sich auch darin, dass die Bestimmungen der Zollfreiheit sich nur auf Waren der industriellen Produktion beziehen. Sie gelten nicht für unverarbeitete Agrargüter und auch nicht für Dienstleistungen. Das ist aufgrund ihrer wirtschaftlichen Struktur ein klarer Handelsnachteil für die Türkei.

Die Akzeptanz der Bedingungen der EU-Annäherung und die fortwährenden Privatisierung von Staatsunternehmen werden der AKP von den eher etatistisch ausgerichteten, kemalistischen Kräften, als »Verrat an der nationalen Unabhängigkeit« vorgeworfen¹⁶. Diese Kritik entbehrt allerdings jeder Grundlage, als die Kemalisten

6 ONARAN spricht von durchschnittlich 4 % Wachstum in den 1980ern und 3 % 1990-2001. ONARAN, Özlem (2008) »Die Türkei in der globalen Ökonomie: Was sind die Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse?«, S. 153 in ATAÇ/KÜÇÜK/SENER (Hrsg.) (2008) »Perspektiven auf die Türkei – Ökonomische und gesellschaftliche (Dis)Kontinuitäten im Kontext der Europäisierung«.

7 Vgl.: ONARAN (2008), S. 153.

8 Zu den Zinslasten des Staatshaushaltes: »Türkei: Zwischen Militär, IWF und Filz« in ak »Analyse und Kritik« 10.5.2001: http://www.akweb.de/ak_s/ak450/41.htm.

9 Vgl.: Reuters 11.3.2009 : <http://in.reuters.com/article/asiaCompanyAndMarkets/idINLB17023820090311>.

10 Vgl.: Alpaslan KORKMAZ Präsident der ISPAT, Interview des »fdi« Magazins, 3.12.2007. http://www.fdimagazine.com/news/fullstory.php/aid/2236/Everyone_is_welcome.html.

11 Eine Auflistung aller Privatisierungen in der Türkei gibt es beim Ministerium für Privatisierungen <http://www.oib.gov.tr/yayinlar/publications.htm>.

12 Vgl.: Handelsblatt 3.3.2008 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/tuerkei-forciert-privatisierung;1398661>.

13 Vgl.: Handelsblatt 3.3.2008 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/banken-versicherungen/tuerkei-forciert-privatisierung;1398661>.

14 Vgl.: IKINCI, Sinan: »Als Folge der internationalen Finanzkrise: Türkische Wirtschaft schwankt« World Socialist Website (WSWS) 8.10.2008: <http://www.wsws.org/de/2008/okt2008/turk-o08.shtml>.

15 Näheres zu den Fortschrittsberichten hier: <http://www.europa-digital.de/aktuell/dossier/tuerkei/>.

16 Vgl.: FAZ 20.11.2007, <http://www.faz.net/print/Feuilleton/Ist-die-Krise-der-Tuerkei-ueberwunden>.

selbst in ihrer programmatischen Ausrichtung der »Westannäherung« lange treu waren und die Orientierung an westlich-kapitalistischen Vergesellschaftungsmodellen lange Jahre ihre politische Richtschnur bildete¹⁷. Der Unterschied zur AKP besteht vielmehr darin, dass letztere den EU-Annäherungsprozess sowie die damit einhergehende Neoliberalisierung der türkischen Gesellschaft und des Staates mit einem starken Rekurs auf traditionelle Werte und kulturelle Verankerungen clever zu verbinden weiß und entsprechend vorantreibt. Im routinierten Rekurs auf nationalistische Befindlichkeiten stehen sich kemalistisches und islamisches Establishment in nichts nach.

Die Kombination von »gemäßigem Islamismus« und EU-Annäherung markiert aus innenpolitischer Perspektive eine wichtige Konsequenz: die tendenzielle Zurückdrängung des Militärs aus der Politik. Das Militär hat in der Türkei traditionell eine besonders mächtige Position, wie allein die Militärputsche und erzwungenen Regierungswechsel zeigen. Es hat einen großen Etat (ca. 10 Mrd. \$ im Jahr), den es über den nationalen Sicherheitsrat (NSR), *Milli Güvenlik Kurulu*, zudem lange Zeit praktisch selbst bestimmen konnte. Über den NSR nimmt das Militär massiven Einfluss auf die Politik. In der Bevölkerung genießt es zudem laut verschiedener Umfragen das höchste Vertrauen aller staatlichen Institutionen¹⁸. Im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen hat sich diesbezüglich allerdings einiges geändert. Die Verfassungsänderung 2003 hat die Zusammensetzung des NSR zu Gunsten ziviler Teilnehmer verändert, das Militär-Budget unterliegt ziviler Kontrolle (und geht seitdem zurück), und die Einflussnahme auf die Politik ist von »quasi Vorgaben« in allen Bereichen zu Beratung in Sicherheitsfragen reduziert worden¹⁹. Auch wenn das Militär weiterhin als politischer Faktor nicht zu unterschätzen ist, spielt die EU-Annäherung der AKP Regierung in der Machtkonkurrenz mit dem Militär in die Hände.

Inwiefern militärische und (wasser-)politische Fragen in der Türkei miteinander verwoben sind, zeigt sich u.a. mit Blick auf die »kurdische Frage«, in der die AKP eine zweigleisige Strategie verfolgt: Medienwirksam inszeniert und organisiert der Staat kurdische Neujahrsfeiern und hat, auch auf Druck von EU und USA, einen staatlichen kurdischsprachigen Fernsehsender eingerichtet. Dazu benennen Präsident Gül oder Ministerpräsident Erdogan erstmals ein *Kurdenproblem* oder sprechen gar bei Wahlveranstaltungen in den kurdischen Gebieten selbst ein paar Brocken kurdisch²⁰. Das reicht, um nach

außen Kompromissbereitschaft zu signalisieren und die EU-Forderungen für kulturelle Rechte von Minderheiten scheinbar ernst zu nehmen. Es mag auch tatsächlich positive Wirkungen haben. Gleichzeitig aber werden Politiker der pro-kurdischen DTP juristisch sofort verfolgt, wenn sie auf politischen Veranstaltungen kurdisch sprechen. Kurdischsprachige Medien wie *Roj TV* oder die Zeitung *Gündem* werden regelmäßig am Senden bzw. Erscheinen gehindert. Es gibt keine DTP Parlamentarierin, oder Parlamentarier, die nicht mit mehreren, meist absurden Anklagen überhäuft und damit an der politischen Arbeit gehindert wird. Eine solche Aufzählung könnte noch lange weiter geführt werden. Sie würde vorläufig mit der massiven Welle von Festnahmen und Razzien gegen die DTP im Anschluss an die türkischen Regionalwahlen im April dieses Jahres enden. Diese hat die AKP in den kurdischen Gebieten verloren, während die DTP dort Stimmen gewinnen konnte. Die AKP betreibt parallel zur dieser offensichtlichen Unterdrückung mit Blick auf die EU-Fortschrittsbereiche eine oberflächliche, vor allem *strategische* Bearbeitung des Kurdenproblems. So stellte der Bürgermeister der Stadt Batman, Nejdet Atalay, zynisch fest: »Bisher hat man uns auf Türkisch erklärt, dass es keine Kurden gibt – jetzt wird man uns das auf Kurdisch sagen.«²¹ In welchem politischen und strukturellen Zusammenhang diese Strategie steht, wird später mit Blick auf das für die Wasserpolitik relevante GAP-Projekt (*Güney Anadolu Projesi – Südostanatolien-Projekt*) ausgeführt. Dass darüber hinaus in der Türkei Repression auch gegen zahlreiche andere politische Gruppen und Individuen alltäglich sind, wird die Diskussion des Weltwasserforums zeigen.

Zwischen Legitimation, Macht und Wirtschaftsinteressen – Wasserpolitik der Türkei

Wenn es um Wasserpolitik geht, werden verschiedene Interessenssphären staatlicher Politik berührt; Wasser ist ein »Querschnittsthema«. An dieser Stelle liegt das Augenmerk auf folgenden Schwerpunkten:

1. Wasser aus der Sicht ökonomischer Verwertbarkeit;
2. Wasser im politischen Legitimationszusammenhang von Machterhalt, Machtdurchsetzung und zur Sicherung regionaler Vormachtstellung;
3. Wasserpolitik im Rahmen der Anpassung an EU-Standards.

Im Gebiet der Türkei entspringen zahlreiche große Flüsse von überregionaler Bedeutung. Euphrat und Tigris sind die bekanntesten. Verglichen mit ihren südöstlichen Nachbarn ist die Türkei deshalb relativ wasserreich. Irak,

17 Vgl. KÜÇÜK, Bülent: »Die türkischen Fantasmen im EU-Beitrittsdiskurs.« In ATAÇ/KÜÇÜK/SENER (2008).

18 Vgl.: Konrad-Adenauer Stiftung »Die Stellung der Armee in der türkischen Politik und Gesellschaft« http://www.kas.de/proj/home/pub/44/1/year-2009/dokument_id-15420/index.html.

19 Vgl.: Magazin »E+Z« 10.2008, <http://www.inwent.org/ez/articles/079346/index.de.shtml>.

20 Vgl.: Der Standard, 26.02.2009 oder Tagesspiegel vom 11.5.2009 <http://www.tagesspiegel.de/politik/archiv4712,20090511,0,10>.

21 Frankfurter Rundschau, 3.1.2009, http://fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1653631&.

Syrien, Israel und Palästina, alle müssen sich, wenn es um Wasser geht, mit der Türkei arrangieren. Israel, Jordanien und die Palästinenser weil sie gerne Wasser von der Türkei zukaufen wollen, Irak und Syrien, weil sie buchstäblich am Tropf der Türkei hängen.

Wasserknappheit und Versorgungsprobleme im eigenen Land standen bisher eher selten auf der politischen Agenda, wenngleich Trinkwasserversorgung im Haushalt und Anschluss an eine Kanalisation keineswegs flächendeckend sind²². Doch die Lage ändert sich, Wasserversorgung wird zunehmend als Problem wahrgenommen. Zentrale Gründe dafür sind der steigende Verbrauch in der Landwirtschaft – immer mehr Bewässerung mit ineffizienten Methoden (Überschwemmungsbewässerung) – und die zunehmende Verstädterung. Großstädte wie Istanbul, Ankara oder Izmir geraten zusehends an die Grenzen ihrer Versorgungskapazitäten²³. Einen langfristigen und schwer einzuschätzenden Einfluss haben auch Bodenversalzung, das Austrocknen von Seen und der globale Klimawandel, der in der Türkei, wie im gesamten mediterranen Raum, zu Veränderungen der Niederschlagsregimes und vermehrten Dürreperioden im Sommer führen kann²⁴. Insgesamt ist in der Türkei die Menge erneuerbarer Trinkwasser-Ressourcen jährlich und pro Kopf seit den 60ern von 4000 m³ auf heute noch knapp 1600 m³ gesunken. Für 2025 liegen die Prognosen bei 1000 m³.

Der Sommer 2007 – Verkauf von Flüssen, Quellen und Seen?

2007 sorgte der überdurchschnittlich trockene Sommer dafür, dass besonders in Ankara, aber auch in Izmir und Istanbul, das Wasser phasenweise für mehrere Tage abgestellt werden musste. Dazu gab es eine Reihe von Pannen und Problemen, die Aufmerksamkeit erregte. In Ankara platzen Wasserleitungen beim Wiederanstellen der Versorgung und es kam zu Überflutungen²⁵. In Izmir gab es zur selben Zeit Trinkwasser das stark mit Arsen belastet war²⁶, auch in Istanbul wurde das Wasser tagelang abgestellt. Die offenkundigen Defizite der Wasserversorgung blieben nicht ohne Folgen für die Regierung. Es kam zu heftigen Protesten wegen des ausbleibenden Wassers. Krankenhäuser konnten teilweise keine Patienten mehr aufnehmen. Besonders die Lage in Ankara rief internationale Aufmerksamkeit hervor. Es geschieht schließlich

nicht alle Tage, dass eine Reihe Botschaften ohne Wasser – und damit sanitäre Anlagen – dasteht und in Hotels anderer Stadtteile umziehen muss.

Für die türkische Regierung galt es, Handlungsfähigkeit zu beweisen. Genau in diesem Moment – im August 2007 – meldete sich der damalige Minister für Energie und Natürliche Ressourcen, Hilmi Güler, zu Wort. Vollmundig kündigte er an, dass die Nutzungsrechte an Flüssen, Seen, Ufern und Quellen in der Türkei für 49 Jahre an private Unternehmen verkauft werden sollten. Euphrat und Tigris waren sogar bereits ausgepreist und sollten für 1,5 Mrd. \$ zu haben sein²⁷. Mit dem Erlös und weiteren Investitionen der Privaten sollten dann, nach BOT-Modell²⁸ im großen Stil Staudämme und Bewässerungsanlagen für die Versorgung der Landwirtschaft und der großen Städte mit (Trink)wasser gebaut werden. Diese Pläne klangen alarmierend. Allerdings verflüchtigte sich das »Sonderangebot« Gülers zu einem »Phantom«. Kaum waren die umstrittenen Pläne in der Welt, ließ die Regierung nichts mehr dazu verlautbaren. Eine plötzliche Kehrtwende?

Wer die Flüsse der Türkei kontrolliert, kann faktisch die türkische Außenpolitik mitbestimmen – der Staat würde also Teile seiner »nationale Unabhängigkeit« veräußern, was wohl selbst der privatisierungsfreudigen AKP-Regierung zu weit ging. Vor allem, weil die Aussagen Gülers unter diesem Gesichtspunkt zweifellos zu einer »Steilvorlage« für die Kritiker der AKP geworden wären. Aus Legitimationsgründen war demnach schnelles Regierungshandeln erforderlich. Im August wurde Veysel Eroglu, damaliger Chef der staatlichen Wasserbehörde DSI (*Devlet Su İşleri*) zum Minister für Umwelt und Forst ernannt. Zugleich übertrug man ihm auch die Kontrolle der DSI (und damit der Wasserpolitik). Damit saß Güler, der im Verlauf der Wasserkrise ohnehin keine glückliche Figur abgegeben hatte, »auf dem Trocknen«. Eroglu betonte in einem Interview im März 2009, das Wasser gehöre dem Staat und dieser könne es auch am besten bewirtschaften. Zudem sei es die oberste Pflicht des Staates, seinen Bürgern ausreichend Trinkwasser zur Verfügung zu stellen. Der Verkauf von Gewässern stehe nicht zur Diskussion²⁹, es sei lediglich geplant, Private im Wassersektor »mit einzubeziehen«.

Soweit zu den personellen Dimensionen und der Ebene des politischen Diskurses. Um zu sehen, inwiefern Eroglus Worte einen Wechsel in der praktischen Politik be-

22 Vgl.: WHO: http://www.childinfo.org/files/TUR_san.pdf zu sanitärer Versorgung und http://www.childinfo.org/files/TUR_wat.pdf zu Trinkwasserversorgung.

23 Interessant ist, dass der Verbrauch der Haushalte nur 10 % des Gesamtwasserverbrauchs ausmacht, was den häufigen Hinweis auf das Bevölkerungswachstum als Ursache für Wasserknappheit relativiert. Die exportorientierte Landwirtschaft ist in ihren Auswirkungen vergleichsweise schwerwiegender. Vgl.: DSI »Water Report 2009«.

24 Vgl.: IPCC(2008): »Climate Change and Water« und DSI (2009): Water Report 2009.

25 Website der »Kampagne gegen die Kommerzialisierung des Wassers« http://www.supolitik.org/iski_public_private.htm.

26 Hurriyet, 26.1.2009, <http://www.hurriyet.com.tr/english/lifestyle/10853013.asp?gid=243>.

27 Vgl.: Hurriyet 1.8.2007, <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=611290>.

28 Beim BOT-Modell – englisch *Build-Operate and Transfer* – wird Privaten ermöglicht, über den Verkauf von Wasser oder Strom aus Wasserkraft ihre Investitionen plus Profit wieder einzuspielen. Nach einer bestimmten Frist werden die Betreiberrechte dann wieder neu verhandelt und können an den Staat zurückgehen.

29 Vgl.: Hurriyet, 17.3.2009 <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=11229746>.

deuten, lohnt ein Blick in die praktische Arbeit der DSI³⁰, deren Tätigkeit drei Schwerpunkte umfasst:

1. Stromproduktion aus Wasserkraft;
2. Bewässerung für die Landwirtschaft;
3. Trinkwasserbereitstellung bzw. Abwasserbehandlung für Industrie und Haushalte.

In einem eigenen Report definiert sie dafür klare Ziele, die ausgerechnet bis 2023 erreicht werden sollen. 2023 feiert die Türkische Republik ihren hundertsten Geburtstag. Insgesamt soll die Wassernutzung bis dahin von jährlich 46 km³ auf 112 km³ beinahe verdreifacht werden³¹. Das ist laut DSI die (maximal) verfügbare, erneuerbare Wassermenge der Türkei.

Bei der Versorgung von Haushalten geht es vor allem um den Bau von Kläranlagen. Anvisiertes Ziel ist es, jede Siedlung mit mehr als 2000 Einwohnern an die Kanalisation anzuschließen, was auch die EU-Richtlinie UWWTD (*Urban Waste Water Treatment Directive*) erfüllen würde. Dazu müssen laut DSI 2942 neue Kläranlagen gebaut werden und die bestehenden weitgehend renoviert werden. Insgesamt rechnet die DSI mit Kosten von ca. 30 Mrd. € bis 2023. Die Finanzierung soll teils aus EU-Geldern erfolgen, teils aus Geldern der Regionalverwaltungen oder der DSI. Ein wachsender Teil soll dazu in BOT-Modellen privat finanziert werden³². Anhand dieser Pläne signalisiert die DSI der Bevölkerung, dass im Wassersektor etwas getan wird. Allerdings erwarten Wasserkonzerne sehr hohe Renditen, sonst investieren sie nicht. Erfahrungsgemäß picken sie sich die lukrativen »Rosinen« heraus, dann senken sie Kosten und damit die Qualität der Versorgung und/oder erhöhen die Preise³³. Es ist fraglich, ob der türkische Trinkwassersektor so viele »Rosinen« bietet und, wenn ja, was das Engagement Privater für Preise und Qualität des Wassers bedeutet.

Was die Ziele in der Landwirtschaft betrifft, müssen, um von 5,28 auf 8,5 Millionen Hektar bewässerte Fläche zu kommen, viele aufwändige Bewässerungsnetzwerke und Bewässerungs-Staudämme gebaut werden. Dabei sollen sich Private in PPP-Modellen beteiligen³⁴. Auch um die Bewässerung effizienter zu machen (z.B. durch Tröpfchen- oder Druckbewässerung), sind umfangreiche Investitionen nötig, denn diese Systeme sind teuer. Bisher werden 92 % der Flächen oberflächlich bewässert, häufig mit Überschwemmung der Felder und ohne geeignete Drainage. Das führt nicht nur in der Haran-

Ebene am Euphrat zu massiven Umweltproblemen (vor allem Versalzung der Böden, aber auch unkontrollierter Abfluss von Chemikalien). Derzeit gibt es in der Türkei so genannte Bewässerungskoopertiven, die immerhin 96 % aller Bewässerungsnetze bewirtschaften. Diese bekommen das Wasser umsonst oder für sehr geringe Preise vom Staat und verteilen es dann in eigener Regie an die beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe. Unter zukünftig privater Regie müssten die Kooperativen das Wasser von den privaten Anbietern kaufen³⁵. Das wird den Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft zusätzlich befeuern, da sich viele Kleinbauern die entstehenden Kosten nicht leisten können.

Für die Produktion von Strom aus Wasserkraft gibt es folgende Pläne: Die DSI rechnet damit, dass jährlich maximal 140 Mrd. kWh »ökonomisch tragfähig«, erzeugt werden können. Zurzeit sind 48 Mrd. kWh davon erreicht. Es gibt zurzeit 172 Wasserkraftwerke, 148 sind im Bau befindlich und 1418 sind noch in Planung. Beim Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken ist BOT seit langer Zeit üblich. Minister Eroglu betrachtet die Erfahrungen aus diesem Sektor als Leitbild für die Landwirtschaft und die Trinkwasserver- und -entsorgung³⁶. Wie ist nun die Bedeutung privater Beteiligung an den Plänen der DSI einzuschätzen? Minister Eroglu findet deutliche Worte: »Our ministry supports public-private co-operation by all means. With the financial means that are controlled by the central government, it is impossible to realise the projects at hand in the short run. We will have to attract private investment«³⁷.

Die Gegenüberstellung von Diskurs- und Handlungsebene der Regierungspolitik deutet auf das Spannungsfeld, in dem sich die türkische Wasserpolitik befindet: Ungeachtet der Aussage von Veysel Eroglu, dass das Wasser dem Staat gehöre und dieser es auch am besten bewirtschaften könne, setzt Ankara im Wassersektor voll auf Privatisierung. Sie ist explizit erwünscht und wird fast als eine Art Heilsbringer dargestellt. Mit knapp 3000 Kläranlagen, 1500 Wasserkraftwerken und großen Investitionsmöglichkeiten in Bewässerungsanlagen ist dafür auch ein sehr beachtliches Marktpotential vorhanden, das in passendem Kontext hervorragend feilgeboten werden könnte.

30 Zahlen in diesem Abschnitt, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus DSI (2009): Water Report 2009, http://www.dsi.gov.tr/english/pdf_files/Turkey-WaterReport.pdf.

31 Bewässerung von 34 km³ auf 72 km³, private Haushalte von 7 km³ auf 18 km³ und Industrie von 5 km³ auf 22 km³ Wasser.

32 Vgl.: »Turkey's water future in Europe« in *Global Water Intelligence* Vol. 9, Issue 3, März 2008.

33 Vgl.: DECKWIRTH, Christina (2004): Sprudelnde Gewinne? Transnationale Konzerne im Wassersektor und die Rolle des GATS, S 20ff, <http://www2.weed-online.org/uploads/Sprudelnde%20Gewinne.pdf>.

34 Vgl.: *Global Water Intelligence* Vol. 9, Issue 3, März 2008.

35 Interview der Filmemacherin Leslie Franke mit Veysel Eroglu auf dem Weltwasserforum in Istanbul.

36 Vgl.: »Turkey's water future in Europe« in *Global Water Intelligence* Vol. 9, Issue 3, März 2008.

37 Vgl.: *Global Water Intelligence* Vol. 9, Issue 3, März 2008.

Das Weltwasserforum 2009 in Istanbul

Vor diesem Hintergrund ist es wenig überraschend, dass der Weltwasserrat (WWR) Istanbul als Tagungsort für das 5. Weltwasserforum (WWF5) ausgewählt hatte. Der Weltwasserrat ist ein von den großen Wasserkonzernen (allen voran Suez und Veolia) dominiertes Gremium, das privatwirtschaftliche Interessen in die weltweite Wasserpolitik einzubringen versucht. In den drei Jahren zwischen den Foren werden Treffen zwischen Regierungsvertretern und Repräsentanten des WWR organisiert, um Regierungen von den eigenen Privatisierungskonzepten zu überzeugen. Formal finden auf diesen Treffen offene Diskussionen über die zukünftige Ausrichtung der Wasserpolitik statt. De facto werden die Regierungen aber schlicht über die neuen Pläne und Strategien des WWR informiert und sollen vorab ihr Einverständnis für die Abschlusserklärung des kommenden Forums geben. Alternative politische Konzepte werden ignoriert und offene Diskussionen konsequent verhindert, wie eine Teilnehmerin der Treffen zwischen der Regierung Uruguays und dem WWR berichtete³⁸. Neben der fehlenden Anerkennung von Wasser als Menschenrecht zielt die grundsätzliche Kritik darauf, dass dem konzerngesteuerten WWF jede politische Legitimation fehle. Die Abschlusserklärung des WWF hat zwar keinerlei rechtliche Bindung, dient aber als wichtige Orientierung für die weltweite Wasserpolitik. Auf dem letzten Forum in Mexiko verweigerten vier lateinamerikanische Regierungen die Unterschrift unter die Abschlusserklärung. In Istanbul unterzeichneten diesmal 25 Länder eine alternative Erklärung mit der Forderung nach Wasser als Menschenrecht, darunter aus Europa Spanien und die Schweiz.

Neben der bislang diskutierten ökonomischen Dimensionen der türkischen Wasserpolitik im Kontext nachholender kapitalistischer Entwicklung sowie den legitimatorischen Aspekten steht die türkische Wasserpolitik paradigmatisch für eine weitere wesentliche Ausrichtung – die der innenpolitischen Machtdurchsetzung und geostrategischen, regionalen Vormachtstellung. Am Umgang mit grenzüberschreitenden Gewässern speziell am Beispiel des GAP lässt sich diese Zielrichtung eindrucksvoll illustrieren.

Machtpolitik nach außen – das GAP I

Immerhin 40 % des in der Türkei verfügbaren Wassers kommen aus grenzüberschreitenden Flüssen. Im Umgang mit grenzüberschreitenden Gewässern setzt die Türkei auf bilaterale Abkommen. Multilaterale Abkommen lehnt sie explizit ab. Die Türkei ist einer von nur drei Staaten, die 1997 das UN Flussgebiets-Übereinkommen Convention on the Law of the Non-Navigational Uses of

International Watercourses abgelehnt haben³⁹. Von ihrer Politik Anrainern gegenüber behauptet sie dennoch, sie gewähre eine »optimale, gerechte, effiziente und effektive« Nutzung grenzüberschreitender Gewässer, Wasser soll als »Quelle des Friedens« dienen⁴⁰.

Das GAP soll nach Fertigstellung 20 % des Energiebedarfs der Türkei decken und 1,8 Mio. ha Land bewässern. Es umfasst 22 Dämme und 19 Wasserkraftwerke in insgesamt 9 Provinzen. Von den großen geplanten Dämmen sind mit dem Karakaya-, dem Atatürk- und dem Birecik-Damm bereits drei fertig gestellt. Sie alle liegen am Euphrat. Das größte, noch offene Projekt, ist der umstrittene Ilisu-Staudamm am Tigris. Die ökonomischen Ziele des GAP sind eng mit denen der DSI verknüpft: es gilt, industrielle Landwirtschaft für den Export zu fördern und Energie zu produzieren. Geostrategische Brisanz erwächst aus der Tatsache, dass Syrien und Irak auf das Wasser aus Euphrat und Tigris angewiesen sind. Vor allem die Landwirtschaft kann ohne Bewässerung aus den beiden Strömen, in den trockenen Klimaten der beiden Länder nicht auskommen. Zudem haben auch Syrien und Irak große Dämme für Bewässerung, Stromproduktion und Trinkwasserversorgung gebaut. Jede Veränderung der Qualität und Quantität des Wasserzuflusses kann für beide Staaten eine existentielle Bedrohung bedeuten.

Bisher hat sich in diesem Zusammenhang vor allem ein Problem gestellt; die Türkei konsultiert ihre Nachbarn kaum. Lediglich mit Syrien gibt es seit 1987 ein Abkommen (ohne vertraglichen Status), das den Durchfluss des Euphrat auf im Schnitt 500m³ pro Sekunde festlegt. Mit dem Irak existiert nur ein Protokoll aus dem Jahr 1946, das Rahmenbedingungen und Standards bezüglich wechselseitiger Information über geplante Projekte an Tigris und Euphrat vorsieht. Die beschworene »Quelle des Friedens« von Tigris und Euphrat wird nicht etwa in entsprechenden Abkommen zwischen Türkei, Syrien und Irak gleichmäßig aufgeteilt. Vielmehr spricht die Türkei von »Bedarfsmanagement« und vergisst nicht zu betonen, dass die Mehrheit der Zuflüsse auf türkischem Gebiet liegen⁴¹. De facto entscheidet die Türkei, wer »Bedarf« anmelden kann. Das Fehlen verbindlicher Abkommen zwischen den Anrainern ist im Übrigen der Grund, weshalb sich die Weltbank von Anfang an nicht am GAP beteiligt hat⁴².

Es hat bereits mehrere Anlässe gegeben, bei denen deutlich wurde, dass die Türkei ihre Dämme nutzt, um politischen Druck auszuüben. So wurde während des ersten Auffüllens des Atatürk Damms 1990 der Durch-

38 Persönliches Gespräch mit einer uruguayischen Vertreterin von Red Vida auf dem Alternativen Wasserforum in Istanbul.

39 Vgl.: BARANDAT (2001) »Sie graben uns das Wasser ab ... Grenzüberschreitende Gewässersysteme und internationales Recht« in E+Z – Entwicklung und Zusammenarbeit, Nr. 6, Juni 2001, S. 181 – 184.

40 DSI (2009), S 48; Interview EROGLU in Todays Zaman 23.3.2009, <http://www.todayszaman.com/tz-web/detaylar.do?load=detay&link=170368>.

41 DSI (2009) S 48.

42 Vgl.: WARNER (2008): »Contested Hydrohegemony: Hydraulic Control an Security in Turkey« in Water Alternatives Vol.1, Issue. 2, S 271-288.

fluss des Euphrat einen Monat unterbrochen. Landwirtschaft und Stromversorgung in Syrien kollabierten. Die Regierung sollte nachdrücklich »ermuntert« werden, ihre damalige Unterstützung für die PKK einzustellen⁴³. Syrien legte Beschwerde ein, aber es blieb seit dem bei im Jahresdurchschnitt nur noch 500m³ Wasser pro Sekunde, verglichen mit gut 900m³ »natürlichem Durchfluss« vor Beginn der türkischen Dammbauten. Für ein »Entgegenkommen« bezüglich des Euphrat-Durchflusses forderte die Türkei erneut, Syrien solle die Ausbildungslager der PKK im Libanon schließen und Abdullah Öcalan ausliefern (er wurde 1998 ausgewiesen). Während dieser angespannten Phase weisen Statements von Politikern immer wieder auf die Bedeutung des Wassers in diesem Konflikt hin⁴⁴, was das politische Gewicht der »Quelle des Friedens« bekräftigt.

Im Verhältnis zum Irak ist die Lage komplexer. Der Irak hängt weniger vom Wasser des Euphrat ab, dafür umso mehr vom Tigriswasser. Um Wasser gegenüber dem Irak als politisches Druckmittel zu nutzen, müssten die Möglichkeiten, den Tigris zu stauen, erweitert werden. Das wäre mit dem Bau des Ilisu-Damms der Fall. Mit einem Speichervolumen von etwa 11 km³ Wasser und etwa 3 km³ Spielraum zwischen betrieblichem Höchst- und Tiefststand könnte der Tigrisfluss für mehrere Monate unterbrochen werden⁴⁵. Von daher sind die zunehmenden Bedenken des Irak gegen das Ilisu-Projekt mehr als verständlich. Ohnehin befürchten die Iraker durch den Ilisu-Damm empfindliche Einbußen bei der Durchflussmenge und Verlust von landwirtschaftlich nutzbarer Fläche. Auch das Versprechen der Türkei, für 2009 die Durchflussmengen von Euphrat und Tigris zu verdoppeln⁴⁶, konnte die Bedenken des Irak nicht ausräumen. Mag die Türkei auch immer wieder betonen, Wasser in Kooperation fair zu nutzen, das Drohpotential besteht weiter und wird in bilateralen Verhandlungen genutzt werden, ob es dabei um den Krieg gegen die PKK geht, oder um günstige Konditionen im Handel mit irakischem Öl.

Machtpolitik mit Wasser nach innen – das GAP 2

Innenpolitisch geht es beim GAP zum einen darum, ein Entwicklungskonzept für die kurdischen Gebiete vorweisen zu können und dort Wählerstimmen zu gewinnen, zum anderen um den Krieg gegen die PKK und die Zersiedlung kurdischer Gebiete. Das GAP wird als ein Projekt dargestellt, das neben ökonomischem Wachstum

auch soziale Aspekte stark betont. Für letztere wurde 1989 ein extra Programm aufgelegt. Nach offiziellen Verlautbarungen soll das Durchschnittseinkommen in der Region um 209 % steigen, Krankenhäuser und Schulen gebaut-, Frauen unterstütz- und Berufsbildungsprogramme durchgeführt werden. Da das GAP-Programm bereits seit 1982 läuft, stellt sich die Frage, welche dieser ehrgeizigen sozialen Ziele bisher realisiert wurden.

Im »DSI Water Report 2009« sucht man allerdings vergeblich nach einer Antwort. Der Report beschwört vielmehr blumige Zukunftsszenarien, denen zufolge etwa 3,8 Millionen Arbeitsplätze entstehen werden⁴⁷ – in einer Region mit 7 Millionen Einwohnern ist das schlichtweg absurd. Die GAP-Provinzen waren und sind weiterhin unter den ärmsten des Landes. Verfolgt man vergleichend dazu die Berichte über die katastrophalen sozialen Bedingungen, unter denen die »Umsiedlungen« beim Atatürk-Damm stattgefunden haben⁴⁸, wird deutlich, mit welcher politischen Arroganz die türkische Regierung beim GAP vorgeht.

Weniger offensichtlich tritt der sicherheitspolitische Aspekt der GAP Staudämme zu Tage. Die türkische Regierung hat die Dämme schon sehr früh als Mittel gesehen, kurdische Gebiete zu fragmentieren und kurdische Dörfer zu entvölkern⁴⁹. Ein Brief, den Ministerpräsident Turgut Özal 1993 an Präsident Suleyman Demirel schrieb und der unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit geriet, macht das deutlich. Darin schreibt Özal: »With the evacuation of mountain settlements, the terrorist organization [PKK] will have been isolated. Security forces should immediately move in and establish complete control in such areas. To prevent the locals' return to the region, the building of a large number of dams in appropriate places is an alternative.«⁵⁰ Die großen Dämme und der Widerstand dagegen sind willkommenen Anlass, die Militärpräsenz zu erhöhen und neue Militärposten rund um die Dämme einzurichten. In der Region des geplanten Ilisu-Damms wurden bereits vor Baubeginn zahlreiche neue Militärposten eingerichtet. Die großen Staubecken verringern die Zugänglichkeit des Territoriums und schränken dadurch die Bewegungsfreiheit der ansässigen Bevölkerung ebenso wie der Guerilla ein.

Anhand der strategischen Bedeutung der Staudämme lässt sich auch erklären, warum die türkische Regierung jedwede Kritik am Ilisu-Projekt schnell und gerne mit einer Nähe zur PKK zu diskreditieren versucht. Inzwischen darf sich wohl auch die Bundesregierung mit dieser Auszeichnung schmücken. Schließlich kommentierte

43 Vgl.: The Estimate, 23.10.1998 »Syria and Turkey: Many Roots to the Recent Quarrel«, <http://www.theestimate.com/public/102398.html>, manche Quellen nennen den Bau des Atatürk Damms als Anlass Syriens, die PKK zu unterstützen z.B. Hürriyet von 13.5.2009, <http://www.hurriyet.com.tr/english/domestic/11636071.asp?scr=1>.

44 Mideast News 8.10.1998, <http://www.mideastnews.com/water001.html>, The Estimate 9.10.1998: »The Syria-Turkey Confrontation« <http://www.theestimate.com/public/100998.html>.

45 Vgl.: WEED (2005): Ilisu- Kein Erfolgsprojekt, S 43.

46 Vgl.: Hürriyet 25.3.2009, <http://arama.hurriyet.com.tr/arsivnews.aspx?id=11285484>.

47 Bei 7 Millionen Einwohnern würden durch 3,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze, nach den »Regeln des Marktes«, die Löhne wohl tatsächlich um 209 % oder mehr steigen.

48 Vgl.: Weed (2005), Kurdish Human Rights Project KHRP (2003): »This is the Only Valley Where We Live: the Impact of the Munzur.

49 Vgl.: Weed (2005), S. 8 unter Berufung auf ein Gespräch mit einem ehemaligen DSI Mitarbeiter 2005.

50 Der Brief wurde in am 18.11.1993 in den Turkish Daily News veröffentlicht. Eine vollständige Übersetzung gibt KHRP (2003).

Ministerpräsident Erdogan die vorläufige Suspendierung der Kreditbürgschaften seitens der Regierungen Deutschlands, der Schweiz und Österreichs mit den Worten »Die Absage der Kreditversprechen kam am Ende der Kampagne einer Terrororganisation.«⁵¹ (Mit »Terrororganisationen« sind hier die NGOs der Kampagnen gegen den Ilisu-Damm gemeint.)

Soziale Bewegungen und politische Alternativen

Die internationale Wasserbewegung begleitet die Weltwasserforen seit deren Beginn im Jahr 1997 mit Protesten und Gegenveranstaltungen. Auch für Istanbul gab es eine breite Mobilisierung für Proteste und Gegenforen, die maßgeblich von zwei Bündnissen getragen wurden, der »Plattform gegen die Kommerzialisierung des Wassers« und dem Bündnis »Another Water Management is possible«. Angesprochen auf die zu erwartenden Proteste in Istanbul sagte der Generalsekretär des WWF, Prof. Tabasaran in Berlin, zwei Wochen vor dem Beginn des Forums: »Ich verstehe nicht warum es ein alternatives Gegenforum zum offiziellen gibt. Das WWF ist für alle Meinungen offen, bei uns kann jeder einen Sideevent anmelden«⁵². Eine Woche vor Beginn des Forums zog die UNESCO-IHP (Wasserprogramm der UNESCO) auf Druck der Türkei einen solchen Sideevent über »Kulturelle Vielfalt und Wassermanagement«, mit Fokus auf Staudämme, überraschend zurück⁵³. Andere Anmeldungen »Staudamm kritischer« Workshops wurden direkt abgelehnt. Im Licht der internationalen Auseinandersetzung um »Ilisu« fürchtet die Türkei ganz offensichtlich eine kritische Diskussion.

Dem formalen Vorab-Ausschluss folgte offene Repression. Am ersten Tag des WWF wurden zwei Aktivistinnen der NGO International Rivers aus dem Forum abgeführt, weil sie ein Plakat mit der Aufschrift »No risky dams« im Plenarsaal ausgerollt hatten⁵⁴. Sie wurden am nächsten Tag des Landes verwiesen, dazu gab es noch zwei Jahre Einreiseverbot. Sämtliche Proteste außerhalb des Forums waren dem Veranstalter ein Dorn im Auge. Bereits vom ersten Tag berichtet ein Augenzeuge: »The authorities had deployed 3,000 riot police around the center [...] I saw about 150 demonstrators. [...] at least 17 people were arrested after police used tear gas to try to break up the group I saw, which had tried to march to the congress venue. Nothing, it seems, will be allowed

to disrupt the proceedings.«⁵⁵ Die offiziell bekundete Offenheit des Forums war somit bereits am ersten Tag ad absurdum geführt. Deshalb und trotzdem gelang es den Veranstaltern zu keinem Moment, den repressiven Charakter des WWF zu kaschieren. Im Gegenteil: Die Medien überschlugen sich mit Berichten über die Proteste gegen das Forum und transportierten ebenso deren Inhalte und Forderungen.

Die Gegenaktivitäten reichten von einem »Wassertribunal«, über einen »Tag der Internationalen Wasserbewegung«, mehreren Demonstrationen bis hin zu einer Auszeichnung für eine erfolgreiche Anti-Staudammkampagne. Dabei kam es zu regen und nachhaltigen Kontakten zwischen der internationalen Staudambewegung und der Bewegung gegen Privatisierungen im Trinkwassersektor. Die meisten Aktivist_innen werteten die Aktivitäten als Erfolg. Unter diesem Eindruck unterzeichneten immerhin 25 Länder die »Alternative Erklärung«, statt sich der offiziellen Ministererklärung des WWR anzuschließen. Es wird sich allerdings erst noch zeigen, ob die Proteste tatsächlich dazu geführt haben, den Weltwasserrat und das Forum langfristig zu delegitimieren.

Die türkische Wasserbewegung hatte nach Anfangs gemeinsamer Planung zwei Gegenforen organisiert. Diese Teilung wurde vielfach kritisiert, sie mag aber auch einer der Gründe für den Erfolg der Proteste gewesen sein. Die Wasserbewegung der Türkei ist gerade im Entstehen begriffen, es sind sehr unterschiedliche Gruppen beteiligt. Zwischen »Plattform« und »Kampagne« sind mehrere inhaltliche Konfliktlinien virulent: die Frage, welches Politikfeld den primären Fokus verlange (Privatisierung kommunaler Wasserbetriebe oder Staudamm-Politik), die Einschätzung der Bedeutung der kurdischen Frage in diesen Zusammenhängen sowie der Umgang mit internationalen Bündnispartnern, gerade mit Blick auf Fragen der Repräsentation durch Institutionen wie der UN. Es ist durchaus denkbar, dass das Festhalten an einem gemeinsamen Gegenforum den Protest gelähmt hätte. Staudamm-Initiativen aus der gesamten Türkei ist es zumindest gelungen, das Thema von einem vermeintlich »kurdischen« Problem zu einer gesamtürkischen Frage zu politisieren.

Für die Zukunft gilt es, neben gut organisierten Protesten diskussionswürdige Alternativen zur herrschenden Privatisierungsdoktrin in der Trinkwasserversorgung und den desaströsen sozialen, kulturellen und ökologischen Folgen der Staudammpolitik aufzuzeigen. So erarbeitet die »Initiative zur Rettung Hasankeyfs« neue Entwicklungskonzepte für die Region um den geplanten Ilisu-Damm, in deren Mittelpunkt alternative Energien wie Windkraft und nachhaltiger Tourismus stehen. Die Stadt Diyarbakir hat ohne private Gelder ihre Trinkwas-

51 Vgl.: Süddeutsche Zeitung vom 20.04.2009.

52 Professor TABASARAN beim 22. Forum Globale Fragen – »Internationale Wasserfragen« im Auswärtigen Amt, 6.3.2009.

53 Vgl.: Hürriyet, 13.3.2009 <http://www.hurriyet.com.tr/english/domestic/11197681.asp?scr=1>, Ann.Kathrin Schneider von »International Rivers« (IR) berichtete dass IR einen Sideevent anmelden wollte, wie auch »Manthan Adhyayan Kendra«, beide wurden abgelehnt.

54 Vgl.: PM von IR, 16.3.2009, <http://internationalrivers.org/en/node/4008>.

55 Vgl.: http://www.spacedaily.com/reports/Analysis_Turkey_and_hydroelectricity_999.html.

erversorgung erneuert und sich damit wichtigen politischen Spielraum im Umgang mit Wasser gesichert. Das Leitungswasser ist jetzt, im Gegensatz zu anderen türkischen Städten, gut trinkbar. Im Rahmen der Erneuerung wurden zudem Fachkräfte ausgebildet, die das betriebsnotwendige technische Wissen erhalten und anderen Gemeinden in der Region dabei helfen, ähnliche Projekte durchzuführen⁵⁶. Die Stadtverwaltung gewährleistet zudem indirekt, dass alle Haushalte Wasser bekommen. Denn auch wenn sie Rechnungen nicht bezahlen können, wird ihnen nicht »der Hahn zugedreht«.

Eine Möglichkeit für die Unterstützung der türkischen Bewegungen aus Europa besteht darin, massiv gegen die Beteiligung internationaler Unternehmen an den diskutierten Großprojekten zu protestieren. Denn internationale Kreditgeber machen solche Projekte oft erst möglich. Das Beispiel der europäischen Ilisu-Kampagne zeigt, wie wirkungsvoll international vernetzter sozialer Widerstand sein kann.

Resümee

Die türkische Wasserpolitik erklärt sich vor allem vor dem Hintergrund herrschaftsrelevanter Aspekte und kurzfristiger ökonomischer Anreize. Der Ansatz, die Wasserpolitik der Türkei unter speziellem Augenmerk auf Privatisierungen zu betrachten, hat deutlich gemacht, dass im türkischen Wassersektor erhebliches wirtschaftliches Potential mit attraktiven Investitionsmöglichkeiten für Private steckt. Dass der diskursive Spielraum, den Befürworter der Privatisierung für sich einnehmen, überhaupt so groß ist, hat viel mit staatsverursachten Krisen, d.h. den bisherigen Problemen der staatlichen Wasser- und Energieversorgung zu tun. Zugleich ist der Staat Impulsgeber für Privatisierung: In der Landwirtschaft folgt die Türkei weiterhin dem entwicklungspolitischen Rezept, demzufolge privatwirtschaftlich organisierte Mehrproduktion und Exportorientierung der Schlüssel für gesellschaftliche Entwicklung seien. Bei den großen Staudämmen indes sind Private vor allem gewinnorientierte »Vollstrecker« staatlicher Planung. Beides ist nur zusammen denk- und analysierbar. Insofern darf die Rolle des türkischen Staates in den Diskussionen um Wasserprivatisierung nicht unterbelichtet bleiben.

Hinter Staudämmen staut sich auch der machtpolitische Aspekt türkischer Wasserpolitik. Anhand des GAP ließ sich exemplarisch zeigen, dass und wie Wasser jenseits rein ökonomischer Interessen als probates Mittel zur innen- und außenpolitischen Machtdurchsetzung genutzt wird. Die Wasserpolitik der Türkei verortet sich demnach in einem politischen Kräftefeld, das geprägt ist von einer offenkundigen Privatisierungsproblemen gegenüber

auffällig blinden Entwicklungsstrategie im Zeichen nachholender Weltmarktintegration, EU-Annäherung und machtpolitischer Interessensdurchsetzung in der Region.

Wasilis von Rauch ist Diplom-Geograph und aktiv in der »SuKo«-Kampagne, die in Deutschland zum WWF in der Türkei Veranstaltungen und Aktionen organisiert hat, sowie im »Berliner Aktionskreis Ilisu-Hasankeyf«.

Dank für Tipps und Hilfe an Anne Steckner, Dorothea Härlin, Ercan Ayboga und Andreas Bach.

⁵⁶ Persönliche Gespräche während des Besuchs der neuen Trinkwasseraufbereitungsanlage in Diyarbakir.

Zuletzt in der Reihe Standpunkte/Standpunkte International erschienen:

Standpunkte 9/2009

KARL VOSSKÜHLER

Bedarfsorientierung oder bedingungsloses
Grundeinkommen?

Standpunkte 8/2009

MICHAEL BRIE

Kostenloser Öffentlicher Personennahverkehr
statt »Abwrackprämie«!

Standpunkte 7/2009

JÜRGEN KLUTE

Die Evangelische Kirche und die Debatte um den
Mindestlohn.

Standpunkte 6/2009

HORST DIETZEL, DR. JOCHEN WEICHOLD

Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im
Vergleich.

Standpunkte 5/2009

WOLFGANG NEŠKOVIĆ

Der Idiotie des realen Monopoly die soziale Utopie
entgegenzusetzen!

Standpunkte 4/2009

WALDEN BELLO

Unsere Antwort auf die Krise des Kapitalismus.

Standpunkte 3/2009

BERNARD SCHMID

Rechtsextreme proben wieder. Eintritt ins
Europäische Parlament – mit veränderter Taktik.

Standpunkte 2/2009

ELKE BREITENBACH, KATINA SCHUBERT

Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor
– zwischen Markt und Staat.

Standpunkte 1/2009

THOMAS LOHMEIER

Inhalt braucht Form. Partizipatorische Kampagnenfüh-
rung für eine emanzipatorische Linke – eine Einführung.

Standpunkte International 12/2009

GERD-RÜDIGER STEPHAN

Zu den Ergebnissen der Parlamentswahlen in
Südafrika.

Standpunkte International 12/2009

NILS BROCK

Mexiko: No Man's Land für Menschenrechte.

Standpunkte International 11/2009

KARIN GABBERT

Im Schatten des Präsidenten: Ecuador vor den Wahlen.

Standpunkte International 10/2009

ANGELIKA TIMM

Regierungsbildung in Israel: Bibi Netanjahus
zweites »Kabinett der Falken«.

Standpunkte International 9/2009

TORGE LÖDING

Guten Morgen, Zentralamerika!

Der historische Wahlsieg der FMLN in El Salvador
wird in der Region gefeiert.

Standpunkte International 8/2009

ANGELA ISPHORDING

Wende in El Salvador?

Standpunkte International 7/2009

GERD-RÜDIGER STEPHAN

Südafrika 2009 – zwei Monate vor den Wahlen.

Standpunkte International 6/2009

ANGELIKA TIMM

Knessetwahlen 2009 – Hintergründe, Ergebnisse,
Perspektiven.

Standpunkte International 5/2009

KATHRIN BUHL

Gemischte Bilanz des Weltsozialforums.

Standpunkte International 4/2009

GEROLD SCHMIDT

El Salvador: FMLN nach langem Marsch endlich
an die Macht?

Standpunkte International 3/2009

ANGELIKA TIMM

Wo ist die israelische Linke? Eine inner-israelische
Momentaufnahme.

Alle Beiträge der Reihe sind zu finden unter:

<http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=publikationen>